

Rechtliche Aspekte der Provenienzforschung in Bibliotheken

Bernd Juraschko

Justiziar und Leiter Wissenschaftliche Services, DHBW Lörrach

Übersicht

- Besitz- und Eigentumsverhältnisse in Bibliotheken
 - Diskussion um die NS-Raubkunst als Katalysator
 - Umfang der Nachforschungspflicht – zumutbar und angemessen
 - Wann ist Schluss?
 - Ethische Aspekte
 - Dauerhafte Lösung – Emotionale Bindung – Rechtsfrieden
 - Zersplitterte Rechtslage in Deutschland – Vorbild Österreich
 - DDR Raubkunst
 - § 1 Abs. 3 VermG
 - Vorschlag eines vereinfachten Prüfungsschemas
 - Fairer Erwerb – „Raub“ – und was dazwischen steht
 - Zusammenfassung
-

Besitz- und Eigentumsverhältnisse in Bibliotheken (allg.)

- Eigentum an jedem einzelnen Buch (rechtliches Aufspalten einer Bibliothek in die einzelnen Medien).
 - Nachweis des Eigentums (Stempel, Bibliothekskataloge, ev. handschriftliche Eintragungen).
 - Dennoch häufig Nachweisprobleme; Eigentumsvermutung gem. § 1006 BGB.
 - Gutgläubiger Erwerb gem. §§ 929, 932 BGB – nicht aber bei gestohlenen oder abhandengekommenen Sachen.
 - Ersitzung, § 937 BGB: „Wer eine bewegliche Sache zehn Jahre im Eigenbesitz hat, erwirbt das Eigentum. Die Ersitzung ist ausgeschlossen, wenn er Erwerber bei dem Erwerb des Eigenbesitzes nicht in gutem Glauben ist oder wenn er später erfährt, dass ihm das Eigentum nicht zusteht.“
-

Diskussion um die NS-Raubkunst als Katalysator

- Sensibilisierung zum Thema Raubkunst.
 - Verantwortung für die Folgen von Unrechtssystemen – Wer für Was?
 - Kein Vergleich von Unrecht zueinander, sondern der Rechtsstaat ist der Maßstab.
 - Status quo – Anerkennung – Rückgabe – Entschädigung.
 - Rechtsfrieden und Lösungen mit Zukunftsorientierung.
-

Umfang der Nachforschungspflicht – zumutbar und angemessen

- Abhängig vom Einzelfall.
 - Kriterien
 - Umstände des Abhandenkommens.
 - Finanzieller Wert.
 - Kulturelle Bedeutung des Gegenstandes.
 - Umstände der Entwendung.
 - Thema in der Öffentlichkeit.
 - Aufruf sich zu melden als weiterer Weg die Regulierung in Gang zu bringen. Hierzu sind aber einschlägige Daten bekanntzumachen und es ist an einem bekannten Ort zu publizieren.
-

Wann ist Schluss?

- Ansprüche: § 199 BGB: (1) Die regelmäßige Verjährungsfrist beginnt, soweit nicht ein anderer Verjährungsbeginn bestimmt ist, mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.
 - Aber: Eigentum ist kein Anspruch und unterliegt damit keiner Verjährung.
-



Ethische Aspekte

- Gleiche Handlungen bei sehr unterschiedlicher Motivation z.B. Profit eines Plünderers vs. Rettung von Kulturschätzen (Bibliothek von Timbuktu).
 - Rückgabe als symbolischer Akt der Anerkennung begangenen Unrechts (aus dem Buch wird ein historisch belasteter Gegenstand)
 - Zielkonflikte von verschiedenen Idealen
 - Aufgabe der staatlichen Wiedergutmachung.
-

Dauerhafte Lösung – Emotionale Bindung - Rechtsfrieden

Mediation d.h. eine friedliche Einigung als Königsweg: Einen Anspruch auf Herausgabe zu haben, bedeutet nicht, dass dieser Weg beschritten werden muss. Bei einer Einigung sind andere Wege denkbar.

- Interesse der Öffentlichkeit an einer fortgesetzten Nutzungsmöglichkeit.
 - Zutreffende, aber schwierige Argumentation: Aufwand für die zurückgebende Bibliothek.
 - Wahrnehmung der betreffenden Medien als „Gegenstände der Zeitgeschichte“. (Anlehnung des Begriffs aus § 23 Kunsturheberrechtsgesetz). Daher besteht der Wunsch, diese in einer öffentlichen Sammlung zu belassen. Dies wird aber entsprechend dargestellt werden.
-

Zersplitterte Rechtslage in Deutschland – Vorbild Österreich

- Österreich: gut nachvollziehbarer Regelungsaufbau und Zuständigkeiten.
 - Bundesregelungen: Kunstrückgabegesetz, Rückstellungsgesetze.
 - Regelungen der Bundesländer: Beschlüsse der Landesregierungen.
 - Regelungen der Gemeinden: u.a. Stadt Wien.
-
- Vorteile: klare Struktur; politischer Wille für eine Aufarbeitung wird besser sichtbar.
-

DDR Raubkunst

- Einigungsvertrag regelt die Aufgabe nur rudimentär.
 - § 1 Abs. 3 VermG (Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen) – Folgeproblem, wenig Konkretes für die praktische Handhabung.
 - Große Spannbreite der Fälle:
 - Nachvollziehbare Sanktion, Grundlage Kontrollratsdirektive (KRD) Nr. 38.
 - Reguläre Eigentumsübertragungen.
 - Enteignung auf Grund einer politisch motivierten falschen Beschuldigung.
 - Freikauf, um in den Westen ausreisen zu dürfen.
 - Fälle Aufgabe des Eigentums und regulärer Aneignung.
 - Fälle der Geschäftsführung ohne Auftrag, die dem Erhalt der Medien gedient haben.
 - Geduldete Raubkopien und damit Immaterialgüter als Beute (Schädigung von Westverlagen).
-

§ 1 Abs. 3 Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG)

„(3) Dieses Gesetz betrifft auch Ansprüche an Vermögenswerten sowie Nutzungsrechte, die auf Grund unlauterer Machenschaften, zum Beispiel durch Machtmissbrauch, Korruption, Nötigung oder Täuschung von Seiten des Erwerbers, staatlicher Stellen oder Dritter, erworben wurden.“

(Siehe auch ZIP 1990, 1636-1642)

Fairer Erwerb – „Raub“ – und was dazwischen steht

- Neben den eindeutigen Fällen erfolgt je nach Interessenlage häufig auch eine Polarisierung zwischen den Standpunkten „fairer Erwerb“ und „Raub“.
 - Geschäftsführung ohne Auftrag.
 - Fälle des Schutzes der Medien vor Zerstörung.
 - Regelungen in § 677 ff. BGB u.a. Herausgabepflicht, aber auch Aufwendungsersatz.
 - Geeignet für die Fälle eines bekannten Endzustandes, nicht aber der genaueren Umstände des Zustandekommens.
 - Angenommene Kompromissformel für einen Vergleich.
-

Vorschlag eines vereinfachten Prüfungsschemas

1. Gibt es eine einschlägige, spezielle Regelung?
 2. Bildung von Fallgruppen / Systematisierung gleicher Vorgänge.
 3. Ist der Eigentumstransfer nachvollziehbar?
 1. Wertungsgedanken des Internationalen Privatrechts u.a. Normen im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch.
 2. Faire Gegenleistung oder Notlage ausgenützt?
 3. Nachvollziehbare Sanktion durch Vermögenseinzug für schwereres Verbrechen.
 4. Liegt ein Altfall einer Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA) vor?
-



Zusammenfassung

- Situation in Deutschland: zersplitterte Rechtslage und in vielen Fällen tatsächliche Nachweisschwierigkeiten.
 - Trotz der verständlichen starken Emotionen: Suche nach den pragmatischen Ansätzen und friedlichen Zwischentönen: Mediation; Vergleich; Annahme einer GoA.
 - Bewertung der betroffenen Medien als „Dokumente der Zeitgeschichte“.
-

Danke für die Aufmerksamkeit!

